

österreichischer gewerkschaftsbund  
gewerkschaft kunst, medien, freie berufe  
sektion journalisten



wien, 7.5.1993

1010 wien, bankgasse 8  
tel. 533 14 02

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1010 Wien

Drittes GESETZENTWURF	
Zl. ....22.....	-GE/19.93
Datum:	7. MAI 1993
Verteilt	11. Mai 1993

*Dr. Biedermann*

Sehr geehrte Damen und Herren,

obwohl nicht direkt zur Stellungnahme eingeladen, übermitteln wir Ihnen die Haltung der Journalisten-Gewerkschaft zum Entwurf des Regionalradio-Gesetzes. Vielleicht können Sie unsere Position dennoch berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen  
für das Präsidium der Sektion Journalisten

Mag. Franz C. Bauer  
Präsident

Dr. Wolfgang Biedermann  
Sekretär

Paul Vecsei  
Vizepräsident

Zur Gesetzesvorlage über die Einführung des Regionalradios (Privatisierung auf dem Sektor der elektronischen Medien) hält die Journalistengewerkschaft fest:

**1) Es gibt keinen sachlichen Grund, die Beteiligung von Printmedien an elektronischen Medien zuzulassen.**

Aus **ökonomischen** Erwägungen ist eine Beteiligung von Zeitungen oder Zeitschriften nicht notwendig. Wenn Privatrado in Österreich tatsächlich ein Geschäft ist, dann lassen sich über den Kapital- und Beteiligungsmarkt auch andere Geldgeber finden als Printmedien. Immerhin verfügen die österreichischen Haushalte über Finanzreserven von mehr als 1000 Milliarden Schilling, die Börsenkapitalisierung beträgt aktuell rund 230 Milliarden (bei im internationalen Vergleich unterdurchschnittlichem Aktienbesitz), sodaß für verschiedene Beteiligungsmodelle ein breiter Spielraum besteht - vorausgesetzt natürlich, die Sache rechnet sich. Daß von gegenseitigen Verschränkungen (in welchem Ausmaß auch immer - siehe Sperrminorität, Treuhandlösungen!) eine Gefahr für den freien Wettbewerb ausgeht, ist völlig klar. In den USA, die in Wettbewerbsfragen besonders aufmerksam sind, ist eine derartige Verschränkung daher in jeder Form untersagt. Darüberhinaus würden auch nichtkommerzielle Modelle der Meinungsvielfalt entgegenkommen.

Aus **medienpolitischen** Erwägungen ist eine Beteiligung der Printmedien an elektronischen Medien (und umgekehrt) absolut abzulehnen. Österreichs Öffentlichkeit ist jetzt bereits mit einer international beispiellosen Pressekonzentration konfrontiert. Jeder auch noch so kleine Schritt, der die Medienkonzerne mächtiger macht, ist daher gefährlich und abzulehnen.

Aus **wettbewerbspolitischen** und **rechtlichen** Erwägungen ist eine Beteiligung von Printmedien an elektronischen Medien abzulehnen, weil dadurch eine Wettbewerbsverzerrung entstünde (siehe oben), unter anderem dadurch, daß Subjekte, die Presseförderung erhalten, diese über Umwege widmungswidrig in elektronische Abenteuer stecken würden. Damit sind "normale" Unternehmer, die Privatrado in Österreich betreiben wollen, gegenüber Medienunternehmen benachteiligt und in ihrer Erwerbsfreiheit eingeschränkt.

**2) Die Vergabekommission sollte nach Meinung der Journalistengewerkschaft mehrheitlich aus Experten zusammengesetzt sein, der Anteil der Politiker sollte unter 50 Prozent liegen.**

**3) Die im Entwurf vorgesehene zwingende Einführung von Redaktionsstatuten ist zu begrüßen, da sie das wesentlichste Element zur Sicherung der inneren Pressefreiheit und Meinungsvielfalt darstellt.**

Analog wird auch im Zuge der Presseförderung das Vorhandensein von Redaktionsstatuten als Forderungsvoraussetzung verlangt.